



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 726 Postulat Frey Monique und Mit. über die Einsetzung einer Spezialkommission, welche Massnahmen zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen im Kanton vorschlägt / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Willi Knecht beantragt Ablehnung.
Monique Frey hält an ihrem Postulat fest.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Das Postulat fordert, eine 17-köpfige Spezialkommission bestehend aus Mitgliedern unseres Rates einzusetzen. Die SVP ist gegen den Einsatz einer zusätzlichen Kommission. Auch eine departmentsübergreifende Projektgruppe zur Prüfung von Massnahmen erachten wir im Moment als nicht notwendig. Falls der Einsatz einer solchen Projektgruppe notwendig sein sollte, verfügt der Regierungsrat über die entsprechende Kompetenz, eine solche Gruppe zu bilden.

Monique Frey: Wir haben dieses Postulat gemeinsam mit der SP und der GLP eingereicht. Wir danken dem Regierungsrat für seine Bereitschaft, eine departmentsübergreifende Arbeitsgruppe in der Verwaltung zu bilden. Das Klima ist ein multidisziplinäres Thema, es geht nicht nur um Verkehr und Technik, sondern auch um soziale und finanzielle Aspekte, und es müssen entsprechende Fachleute beigezogen werden. Ich bin etwas erstaunt, dass der Regierungsrat die Bildung einer kantonsrätlichen Spezialkommission ablehnt, da unsere Kommissionen spezifische Themen behandeln; so befasst sich beispielsweise die VBK mit den Themen Strassenbau und öV. Beim Klima müssen aber auch die Finanzen und der soziale Aspekt mit einbezogen werden, daher ist die Bildung einer Spezialkommission durchaus sinnvoll. Wir werden wohl kaum nur in der VBK über das Klima sprechen. Unser Rat hat mit Spezialkommissionen sehr gute Erfahrungen gemacht. Als es um die Neuregelung der Wahlkreise ging, konnte dank der Spezialkommission eine tragfähige Lösung erarbeitet werden. Auch zum Thema Finanzen wurden immer wieder Spezialkommissionen gebildet. Was das Thema Klima angeht, wird unser Rat interdisziplinär arbeiten müssen, um auch die departmentsübergreifende Arbeitsgruppe unterstützen zu können. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Urs Brücker: Die GLP hat die Bildung einer temporären Spezialkommission ebenfalls unterstützt. Nun hat der Regierungsrat aber einen umfassenden Bericht zur Klimaadaptation und zum Klimaschutz und den Einsatz einer departmentsübergreifenden Arbeitsgruppe in Aussicht gestellt. Wir finden diesen Weg sogar noch besser. Es wäre wohl sehr anspruchsvoll, in einer so breit zusammengesetzten Spezialkommission innert nützlicher Frist einvernehmliche und realpolitisch umsetzbare Massnahmen zu definieren. Da uns der Vorschlag der Regierung mittlerweile zielführender erscheint, stimmen wir der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Roger Zurbriggen: Die CVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Wir

finden es sinnvoll, wenn bestehende Gremien zusammenarbeiten und beim für 2021 angestrebten Energie- und Klimabericht die Konsultierung von Experten vorgesehen ist. Da fast alle gesellschaftlichen Tätigkeiten klimarelevant sind, ist es besser, wenn sich alle Parlamentarier in den bestehenden Gremien einbringen und kooperieren, als eine Spezialkommission einzuberufen, die sich zusätzlich mit allen klimarelevanten Themen in sämtlichen Kommissionsfachbereichen beschäftigt. Wenn der Energie- und Klimabericht 2021 aufzeigen sollte, dass bestehende Gremien nicht ausreichen, könnte gestützt auf diese Grundlage immer noch reagiert werden.

Irene Keller: Die FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Wir können die Begründung des Regierungsrates in jedem Punkt nachvollziehen. Den Ablehnungsantrag der SVP lehnen wir ab.

Peter Fässler: Die kommenden Herausforderungen sind enorm und können nur mittels einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit zeitgerecht bewältigt werden. In diesem Punkt gebe ich der Postulantin recht. Die SP-Fraktion ist aber der Meinung, dass die RUEK das politische Meinungsspektrum von Klimaschutzmassnahmen gut abbildet. Das Partei- und Berufsspektrum der Kommissionsmitglieder ist seit den letzten Wahlen vielfältiger geworden. Alle im kommenden Klimabericht aufgeführten Massnahmen werden in der RUEK diskutiert und bewertet. Es ist aber nicht Aufgabe der Kommission, selber operativ tätig zu werden, sondern es ist die Aufgabe der geplanten departementsübergreifenden Arbeitsgruppe und der im Rat vertretenen Parteien, sich in der Vernehmlassung sowie mit Vorstössen und Anträgen einzubringen. Für uns sind auch die Mitberichte der anderen Kommissionen wichtig, denn die Klimadebatte betrifft alle Kommissionen. Ich frage mich aber, ob in den Departementen genügend personelle Ressourcen für eine solche komplexe Aufgabe vorhanden sind und welche wichtigen Aufgaben in der Verwaltung allenfalls liegen bleiben. Ich finde es daher wichtig, dass für die Prüfung und die Ausarbeitung von Klimaschutzmassnahmen auch externe Fachkräfte beigezogen werden. Gerade unsere Hochschulen können diesbezüglich einen wertvollen Beitrag leisten und damit dem Kanton etwas zurückgeben. Die SP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Hannes Koch: Beim Postulat geht es schlussendlich auch um die Gewichtung des Themas. In unserem Rat gibt es Spezialistinnen und Spezialisten, die sich mit dem Thema Klima hier und jetzt auseinandersetzen sollen. Eine Spezialkommission kann aktiv auf das Thema eingehen und unter den verschiedenen Parteien einen gemeinsamen Nenner finden. Die RUEK kann selber nicht aktiv werden, sondern nur über vorgeschlagene Massnahmen befinden. Der Klimaschutz ist von einer gewissen Dringlichkeit, deshalb ist es wichtig, dass unser Rat laufend darüber diskutiert. Zudem geht es beim Klimaschutz nicht nur um uns, sondern auch um unsere Kinder.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Ich bitte Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen. Das Parlament ist nicht da, um operativ tätig zu werden. Daher ist die Bildung einer departementsübergreifenden Arbeitsgruppe vorzuziehen. Bei der Bildung der Wahlkreise wurde eine Spezialkommission eingesetzt, weil es sich dabei um ein höchst politisches Thema gehandelt hat. Im Klimabereich hingegen benötigen wir fachliche Experten, und die RUEK kann den Prozess begleiten. Der Einbezug von externen Experten bezieht sich auch auf das Postulat P 16, über das wir gleich im Anschluss befinden.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 95 zu 14 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 98 zu 18 Stimmen teilweise erheblich.